

Quelle

Datum

Droht wegen Persien ein Krieg?

B104K01

Was Sanktionen bedeuten: Für Europa, die Bundesrepublik und den orientalischen Krisenherd

Von Wolfgang Hoffmann und Josef Joffe



Mitarbeiter an diesem Dossier:

- ▲ Carl-Christian Kaiser (Bonn),
- ▲ Ulrich Schiller (Washington),
- ▲ Hans-Hagen Bremer (Brüssel), Klaus-
II Peter Schmid (Paris).
- ▲-Redaktion: Michael Naumann

Beginnt der — von Helmut Schmidt immer häufiger beschworene — Dritte Weltkrieg mit einem Straßenkampf um 53 amerikanische Geiseln in Teheran oder mit der Blockade persischer Häfen? Mit Luftangriffen von US-Kampfflugzeugen auf Punktziele am Persischen Golf oder mit Angriffen irakischer Truppen auf iranisches Territorium? Oder denkt der amerikanische Präsident, das Revolutionsregime des Ajatollah Chomeini allein mit scharfen Wirtschaftssanktionen von der Ruchlosigkeit der Geiselnahme zu überzeugen?

Auf dem Konfliktkalender von Washington ist der 21. April — der 169. Tag der Geiselnahme — rot umrandet: An diesem Tag treffen sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Luxemburg. Carter: Sie sollen einen gemeinsamen Sanktionskatalog gegen Iran verabschieden. „Nur so können wir andere, drastischere Maßnahmen vermeiden.“ Militärische Gewalt? Carter will sie nicht mehr ausschließen.

Trifft Iran nach dem 21. April keine Anstalten, die Geiseln zu entlassen, sind die EG-Staaten aufgefordert, ihre diplomatischen Beziehungen zum Iran abzubrechen oder wenigstens einzuschränken. Das, so will es Jimmy Carter, sollen die Regierungschefs der EG eine Woche später auf ihrem Gipfeltreffen am 28. April in Brüssel beschließen.

„Je länger die gegenwärtige Lage anhält, um so gefährlicher wird sie“, erklärte der Sprecher des Außenministeriums Hodding Carter, und er hatte dabei die Gefahren der Eskalation im

Blick, die unvermeidlich würde, wenn die Unterstützung der Allianz weiterhin auf Worte des Mitgeföhls beschränkt bliebe. Carter wird in Amerika zunehmend vorgeworfen, daß er zu viel Geduld gezeigt habe — also genau das, was die Alliierten an ihm bisher priesen. Der Druck Washingtons auf die Alliierten in Europa und Japan spiegelt in Wirklichkeit nur die in ganz Amerika verbreitete Überzeugung wider: Wir

sind in Stich gelassen worden; die Geiseln sind nicht nur unser Problem, sondern auch ein Affront gegen die gesamte zivilisierte Welt.

Viele Nationen erwarten von Amerika Führung, sagte Carter vorige Woche, gleichzeitig würden sie aber auf die Unabhängigkeit ihres eigenen Handelns pochen. „Sie erwarten Verständnis, ohne Verständnis zu erwidern. Einige bitten uns um Schutz, sind jedoch sehr vorsichtig mit der Erfüllung der Bündnispflichten.“

Während Helmut Schmidt vor martialischen, „markigen Zeichen der Unerschütterlichkeit“ warnt („Wir haben die Schnauze voll davon!“), mußten die Amerikaner in Teheran erfahren, daß das Gegenteil von „Unerschütterlichkeit“ — diplomatische Anpassung, Engelsgeduld und Verständnis mit dem Revolutionsrat — in eine Sackgasse führte: Am 7. April entschieden die amtierenden Revolutionäre, nach vielstündigen Beratungen, daß — entgegen den Versprechungen der

Präsidenten Abolhassan Bani-Sadr — die Geiseln in der Gewalt der islamischen „Studenten“ und des zur Hälfte gewählten islamischen Parlaments bleiben sollten.

Der religiös-fundamentalistische Flügel um Ajatollah Mohammad Beheshti hatte sich durchgesetzt: „Wir müssen die Geiseln in unserer Gewalt behalten“, hieß es in ihrem Parteiblatt *Dschomburije Islami*, „um die Krise auf dem Siedepunkt zu halten, bis der Schah ausgeliefert ist.“ Reza Pahlavi — ein fliegender Holländer des 20. Jahrhunderts — hatte nach Zwischenaufenthalten in Ägypten, Marokko, Bahamas, Mexiko, in den USA und Panama wieder Kairo erreicht: „Durch den Willen Gottes“ — so das konservative Teheraner Moslem-Blatt — „ist der Schah ein wirkungsvolles Instrument geworden, um unsere islamische Revolution zu exportieren.“

Solchem Geschäft gab der an Leukämie er-

Quelle

krankte Ajatollah Chomeini sein unfrommes Plazet: „Die Amerikaner mit ihren teuflischen Verleumdungen benutzten Lügen und Dementis, um uns zu täuschen“ — doch er selbst, „ein einfacher Bürger“, und sein Volk hätten derlei Maßnahmen durchschaut.

Die Amerikaner aber sagten: „*Enough is enough!*“ Die Hoffnungen der Regierung in Washington auf die „gemäßigten“ Statthalter der Revolution — Präsident Bani-Sadr und Außenminister Ghotbzadeh — hatten sich endgültig zerschlagen. Das Gesicht zu wahren und die Geiseln zu befreien: Dies erforderte eine härtere Gangart. Am 7. April verkündete der US-Präsident einen neuen Sanktionsschub gegen Iran:

- Die USA brechen die diplomatischen Beziehungen zur Regierung von Iran ab.
- Bis auf Lebensmittel und Medikamente unterbleiben alle weiteren amerikanischen Exporte nach Persien.
- Iranische Vermögen bei amerikanischen Banken (4,2 Milliarden Dollar nach persischer Auskunft) werden gegen Forderungen der Geiseln oder ihrer Familien aufgerechnet (eine amerikanische Mutter verlangt bereits eine Milliarde Dollar Schadensersatz).
- Die USA schließen ihre Grenzen für persische Besucher und erneuern keine Visa.

Carter: „Ich bin der sicheren Rückkehr der amerikanischen Geiseln und der Wahrung der nationalen Ehre verpflichtet... *Andere Maßnahmen* können notwendig werden, wenn diese Schritte nicht zur umgehenden Freilassung der Geiseln führen.“

Andere Maßnahmen: Vor dem Golf von Persien haben die USA die größte Armada seit dem Vietnamkrieg zusammengezogen. An Bord der

Kriegsschiffe lagern Atomwaffen. Mehr als die Hälfte der Amerikaner haben sich in einer Umfrage für militärische Gewalt ausgesprochen — falls den Geiseln in Teheran der Prozeß gemacht wird.

In einer Botschaft der Geiselnnehmer aber heißt es: „Wir warnen die verbrecherische Regierung der USA vor einer militärischen Intervention... In diesem Fall werden alle Geiseln unverzüglich eliminiert.“

Der neue Ton aus Washington traf zumal die deutschen Verbündeten recht unvorbereitet. Während das *State Department* klagte — „Wir erwarten mehr als bloße Rhetorik“ —, warnte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt davor, „amerikanischer zu sein als die Amerikaner“. Auch Helmut Schmidt schloß sich dem Wunsch des mächtigen Bündnispartners, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, nicht an: „Wir haben von militärischen Sanktionen abgeraten. Wir haben aber seit langem unsere Bereitschaft zur Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionen auf europäischer Basis erklärt, allerdings auch hinzugefügt, daß wir sie nicht für zweckmäßig halten.“

Die Mißtöne im atlantischen Dialog sind schriller geworden; in einem Gespräch mit europäischen Korrespondenten forderte Carter am Sonntag noch einmal die Verbündeten auf, den Iran endlich „wirksamen diplomatischen und wirtschaftlichen Druck“ spüren zu lassen. Und im übrigen seien auch „*militärische Möglichkeiten*“ nicht mehr ausgeschlossen. Die Gretchenfrage des atlantischen Bündnisses war damit gestellt: „*Nibelungentreue*“ oder „*neutrales*“ Bei-

Datum

seitestehen im persischen Konflikt. Sind das die einzigen Alternativen der Bundesregierung auf dem Höhepunkt der Geiselkrise?

In Washington drängen Zbigniew Brzezinski und sein Stellvertreter im Nationalen Sicherheitsrat, David Aaron, zur aggressiven Bildnistreue der Nato-Partner. In Bonn tagt derweil die Krisenrunde der Koalition: „Es kann keine Rede davon sein, daß sich jemand drücken, vorbeimogeln will.“ (Regierungssprecher Bölling)

Was also wird die Bundesregierung tun, was kann sie tun? Ist der Iran überhaupt in die Knie zu zwingen?

Und was könnte ein westliches Handelsembargo überhaupt bewirken?

Jimmy Carter hat nicht umsonst seit Monaten mit dem Einsatz umfassender Wirtschaftssanktionen gegen den Iran gezögert: Es ist eine Waffe, die in der Geschichte zwar schon oft gezücht wurde, die aber noch nie den erhofften Erfolg zeitigte — Napoleons „*Kontinentalsperre*“ gegen England blieb ebenso wirkungslos wie das UN-Embargo gegen Rhodesien, das immerhin schon 12 Jahre alt war, als es im März 1980 schließlich aufgehoben wurde (siehe Kasten).

„*Kurzfristig*“ — so ein EG-Diplomat und Nationalökonom in Teheran zur ZIT — „hätte ein westliches Handelsembargo in Iran überhaupt keine der erwünschten Folgen. Ein zwölfmonatiger Handelsboykott würde auf dem Nahrungsmittelsektor keine spürbare Rolle spielen. Die persische Regierung hat Lebensmittelvorräte für mindestens ein halbes Jahr — wenn nicht gar für zwölf Monate — anlegen lassen.“

„*Auszuzehren*“ — finanziell zumindest — wäre Iran nur, „indem man sich einigt, kein Öl mehr abzunehmen.“

Schwachstellen — auf dem Papier

Eine Seeblockade durch die USA würde solche „*Bänigung*“ herbeizwingen. Doch gleichgültig, ob Persien seine Öllieferungen aus freien Stücken einstellt — wie Bani-Sadr für den Fall von EG-Sanktionen ankündigte — oder wegen einer eventuellen Verminderung durch die Amerikaner einstellen *muß*: Iran müßte mit Schäden auf seinen Ölfeldern rechnen, wenn die Förderung längere Zeit stillsteht. Schon jetzt ist der *Öl-Output* auf höchstens zwei Millionen Barrel täglich gesunken: Rund 30 Prozent weniger, als Öl-Minister Moïfar angibt. Die Technik- und Management-Experten — 800 von ihnen sind Ausländer — sind längst verschwunden.

Selbst für den Fall, daß Persien weiter Öl fördert und von den traditionellen Abnehmern der westlichen Allianz auf andere Kunden — etwa die Sowjetunion — umsteigt, könnte die Ölförderung nach Ansicht einiger Bohrexperthen der Deutschen Shell AG „schnell auf der Nase liegen“. Die Bohrstätten benötigen laufend Ersatzteile. Der Hauptlieferant der Ersatzteile ist Amerika, das über das größte *Know how* bei der Erdföhrderung verfügt. Die Bundesrepublik und andere europäische Staaten kommen als Ersatzteillieferanten nur in ganz beschränktem Maß in Frage.

Andere Produktionszweige der iranischen Wirtschaft sind gleichfalls von westlichen Lieferungen abhängig, wie in einem Bericht der deutsch-iranischen Handelskammer in Teheran an die Bonner Zentrale nachzulesen ist. Die Nahrungs-

B104K02

Quelle

mittelindustrie muß 70 Prozent der Roh- und Halbstoffe — vorwiegend aus den USA, Frankreich, England, der Bundesrepublik und Brasilien — importieren.

Im Sektor Maschinenbau (Kraftfahrzeuge, Traktoren und Werkzeugmaschinenbau) sowie im Produktionsbereich elektrischer und nichtelektrischer Haushaltsgeräte müssen 80 Prozent der Verarbeitungstoffe aus dem Ausland bezogen werden. Lieferländer sind: Japan, England, die Bundesrepublik, Frankreich und die USA. Die Branche registrierte inzwischen einen Produktionsrückgang von 40 Prozent.

Ein deutscher Zulieferant der persischen Kfz-Industrie, Daimler-Benz in Stuttgart, selbst mit 30 Prozent an einer Motorenfabrik in Täbris beteiligt, liefert Teile und Teilsätze für die Produktion von Omnibussen, Lkws und Transportlastern, die in Persien gefertigt werden. Hans-Georg Kloos, ein Sprecher des Stuttgarter Unternehmens, bestätigt vorsichtig, daß der Iran bei einem Wirtschaftsboykott mit Versorgungsgaps rechnen muß, „sobald die Lagervorräte aufgebraucht sind“.

Vom europäisch-amerikanischen Embargo wäre auch die gesamte persische Baustoffindustrie betroffen, die 57 Prozent ihrer Rohstoffe aus der Bundesrepublik, England, USA, Japan und der DDR bezieht. Schon jetzt liegen die meisten Baustellen in Persien brach: Produktionsgüter verrosteten unter unfertigen Fabrikdächern.

Die pharmazeutische und die chemische Industrie ist nicht minder abhängig vom Ausland — sie muß etwa 85 Prozent ihrer Betriebsmittel und Halbwaren einführen.

Indes — solche Zahlen addieren sich zwar auf dem Papier zu Schwachstellen der persischen Position. Aber die Wirklichkeit bietet den Gefangenen in der US-Botschaft wenig Trost.

Greifen derlei Sanktionen überhaupt? Die historischen Fehlschläge seit Napoleons „Kontinentalsperre“ lehren dreierlei.

Erstens: Wirtschaftssanktionen müssen lückenlos sein. Das Totalembargo gegen Rhodesien, das der UN-Sicherheitsrat im Mai 1968 immerhin gegen einen weltweit geächteten Apartheid-Staat verhängte, wurde von Anfang an nur von 100 der 127 Mitgliedstaaten als „verpflichtend“ betrachtet. Rhodesiens Nachbarstaaten Sambia, Botswana und Malawi scherten von vornherein aus der UN-Front aus, weil sie wirtschaftlich stärker von Rhodesien abhängen als umgekehrt. Südafrika und der Portugal-Satellit Mozambique agierten aus ideologischen Gründen als Blockadebrecher. Doch in ihrem Schlepptau folgten mehr oder minder verdeckt solche lupenreine demokratische Staaten wie Japan und die Bundesrepublik und — wenn auch auf Umwegen — die DDR, Sowjetunion und die CSSR. Wirtschaftlich überlebte Rhodesien.

Sowjetunion als Transitland?

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr will denn auch wissen, daß ein Persien-Embargo „Lücken, so groß wie Scheunentore“ hinterlasse, wenn die wichtigsten arabischen Länder ihre Mitarbeit verweigern. Nur: Die Lücken klaffen auch anderswo — zum Beispiel bei den „gottlosen Kommunisten“, die Chomeini mit der gleichen Inbrunst haßt wie den amerikanischen „Satan“.

Datum

Die Sowjetunion hat sich dem Iran bereits als Transitland angedient. Die DDR will Technologie liefern. Die iranische Eisenbahn, *made in U.S.A.* und mangels Ersatzteilen eigentlich der Verschrottung anheimgegeben, fährt noch immer: Die Teile kommen aus dem benachbarten Pakistan, wo ähnliches Rollgut amerikanischer Provenienz im Einsatz ist. Selbst der Importfluß aus

Amerika ist noch nicht gänzlich zusammengebrochen — trotz erzürnter Hafentarbeiter an den Docks der Ostküste, die sich schon seit Wochen weigern, Schiffe *en route* nach Iran zu beladen. Anscheinend fälschten amerikanische Exporteure schlicht Ausfuhrdokumente. Vorgeblich für ein Drittland bestimmte Waren wurden auf hoher See ganz unpatriotisch nach Persien umdirigiert.

Und die Iraner sorgen vor: Kurz nach Jimmy Carters österlicher Sanktionsverkündung eröffneten sie ein Handelsbüro im neutralen Österreich, das die Beschaffung von Lebensmitteln und Ersatzteilen — wahrscheinlich auf dem Landweg — organisiert.

Zweitens: Ein Handelsboykott muß rasch wirken. Denn je länger Sanktionen anhalten, desto brüchiger werden sie. Einmal, weil dann dem betroffenen Land genügend Zeit zur Verfügung steht, um schmerzhaft Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden, zum zweiten, weil immer weniger embargowillige Staaten tatenlos zusehen, wie ihnen die Blockadebrecher ein profitables Geschäft vermasseln.

Beispiel: Nachdem Rhodesien den ersten Embargoschock überwunden hatte, wurden Engpässe durch Eigenproduktion gemeistert und neue Handelskanäle erschlossen. Zu Beginn der siebziger Jahre hatte das Salisbury-Regime längst wieder ein tragfestes Wirtschaftsfundament errichtet.

Oft geht ein blockierter Staat sogar gestärkt aus dem Embargo hervor. Napoleons Kontinentalsperre konnte den Engländern zwar nichts anhaben; dafür trieb es die Deutschen in den forcierten Zuckerrübenanbau, der sie schließlich aus dem Rohrzucker-Monopol Englands befreite. Oder Israel: Als de Gaulle 1968 die Waffenlieferungen sperrte, flogen in der israelischen Luftwaffe fast ausschließlich französische Kampflugzeuge. Heute, zwölf Jahre später, sind die Israelis nicht nur auf amerikanisches Gerät umgesattelt; sie bauen inzwischen hochmoderne Flugzeuge (*Kfir*) und Panzer (*Merkava*) in Eigenproduktion.

Doch gerade kurzfristig — also in den nächsten sechs bis zwölf Monaten — dürfte selbst ein Totalembargo die Iraner nicht treffen. Der Iran kauft zwar neuerdings gezielt Geflügel, Bier und Milchprodukte in der Bundesrepublik ein, aber — so ein deutscher Wirtschaftsexperte in Teheran — „die Leute leben hier sehr genügsam. Sie brauchen nicht viel.“

Zudem hat sich der Zusammenbruch der iranischen Wirtschaft als eine Art politischer Segen ausgewirkt: Wo die Räder ohnehin schon still stehen, schmerzt auch ein Ersatzteilembargo nicht mehr. Allein im ersten Jahr des Ajatollahs — 1979 — ist das iranische Bruttosozialprodukt um 20 Prozent gefallen, ein wahrscheinlich einmaliger Vorgang in der Nachkriegszeit (sieht man von Katastrophen wie Kambodscha oder Uganda ab). Doch je mehr die Wirtschaft schrumpft,

B104K03

Quelle

desto weniger Angriffsflächen bietet sie. Je simpler das Wirtschaftsgefüge, desto unabhängiger wird es.

Drittens: Wirtschaftssanktionen dürfen nicht nur die Importstränge kappen, sie müssen vor allem auch die Einnahmequellen des Gegners verschütten. Auch hier bietet Rhodesien eine erinnerungswürdige Lektion. Das Land besitzt eine Reihe strategischer Rohstoffe — Chrom, Nickel, Asbest, Beryllium, die eine Schlüsselrolle im modernen Produktionsprozeß spielen. Was Wunder, daß der amerikanische Kongreß das Importembargo für diese Mineralien — UN-Sanktionen hin oder

her — im Jahre 1971 aufhob, um einseitige Einfuhrabhängigkeiten von anderen Mineralmonopolisten, etwa der Sowjetunion, zu verhindern.

Wer aber — wie seinerzeit Rhodesien — reichlich Devisen kassiert, kann es sich auch leisten, Anreizprämien für potentielle Blockadebrecher zu zahlen. Irans strategische Einnahmequelle ist das Öl. Wohl sind die iranischen Ölexporte drastisch gefallen — von rund sechs Millionen Faß pro Tag im Jahre 1978 auf derzeit, grob geschätzt, zwei Millionen. (Amerikanische Experten vermuten sogar, daß die Ausfuhr auf 500 000 Faß abgerutscht sei.) Doch das Land braucht die Petro-Dollar mehr denn je; das beweist allein schon der verzweifelte Versuch, den Kontraktpreis für iranisches Öl auf 35 Dollar pro Faß zu drücken, während auf dem Rotterdamer Spot-Markt zur Zeit nur 34 Dollar gezahlt werden. Ölgelder machen gut zwei Drittel der iranischen Staatseinnahmen aus.

Für die Wirtschaftskriegsstrategen in Washington bietet sich deshalb ein umgekehrtes Öl embargo als einziger wahrhaft wirksamer Hebel an.

Die Eskalation der Krise wäre dann unvermeidlich. Schon heute sind die Lufthansa-Flüge aus Teheran besser ausgelastet als in der Vergangenheit. Die 1300 deutschen Staatsbürger, die noch immer in Teheran oder in den weit abliegenden persischen Provinzen ausharren — vor der Revolution lebten etwa 10 000 Deutsche in Iran — sind bislang weitgehend unbehelligt, wenn auch nur bescheidenen Geschäften nachgegangen. Richtet sich der iranische Volkszorn nun auch gegen sie, so könnten sie bald die Spießruten der schiitischen Geiselnahmer zu spüren bekommen. Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn, hält eine „rasche Verdünnung“ für geboten: Wer fünfzig Geiseln nehme, könne leicht auch hundert nehmen.

Bonn haftet mit 6 Milliarden Mark

Noch hat die Botschaft in Teheran keine Empfehlung verbreitet, die Deutschen sollten ihre Koffer packen. Immerhin hat Bonn nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Firmenvvertreter, die deutsche Schule und das Personal der deutsch-iranischen Handelskammer entschieden, vorerst noch alle diplomatischen Kanäle zur Lösung der Krise auszuschöpfen. Botschafter Ritzel in Teheran hat unter seinen westlichen Kollegen den besten Draht zu den schwarz gewandeten Eminenzen des Revolutionsrates: Soll er abgerissen werden?

Doch die Krise in Persien verlangt offensichtlich auch deutsche Opfer. Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am vergangenen Wochenende deutlicher: Bonn sei bereits seit Anfang des Jah-

Datum

res bereit, innerhalb westlicher Maßnahmen bei wirtschaftlichen Sanktionen mitzumachen, „obgleich uns das härter trifft als die USA“. Doch „unser vitales Interesse am Bündnis erfordert Solidarität mit den USA auch für den Fall, daß der eigene wirtschaftliche Schaden für uns selbst größer ist als für andere“.

Bei ihren möglichen solidarischen Boykottmaßnahmen müßte die Bundesrepublik, bislang stärkster Handelspartner des Irans, Beispiel in Kauf nehmen, daß die deutschen Investitionen im Iran — knapp 500 Millionen Mark — endgültig verlorengehen. Zu erwarten ist auch, daß der Iran mit dem Beginn eines Wirtschaftsboykotts seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik und den Gläubigern der deutschen Wirtschaft kaum mehr erfüllen wird, was bisher trotz aller Wirren der Revolution noch stets der Fall gewesen ist. Finanzminister Hans Matthöfer trägt dabei die größten Risiken. Er nämlich hat Ausfuhrgeschäfte deutscher Firmen, Kapitalanlagen und Kredite der Unternehmen wie der Banken verbürgt. Sobald die Iraner ihre Zahlungen für abgewickelte Geschäfte einstellen, wird Matthöfer von den deutschen Gläubigern zur Kasse gebeten werden. In den Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem Iran hat der Finanzminister eine Gesamthaftung von 6,4 Milliarden Mark (Stand 31. Dezember 1979) übernommen.

Für die Bundesrepublik steht eine Menge auf dem Spiel. Die Bundesbürger können zwar leicht auf die handgeknüpften Perser verzichten, die noch immer ganz guten Absatz finden, ebenso auf den Kaviar vom Kaspischen Meer — doch beim Erdöl wird die Lage schon schwieriger.

Nach Saudi-Arabien hat der Iran vor der Islamischen Revolution der größte Erdölproduzent unter den Golfstaaten. Pro Tag exportierten die Perser zwischen fünf und sechs Millionen Faß Rohöl. Inzwischen ist die Förderung für den Export auf etwa zwei Millionen Faß zurückgegangen. Die Bundesrepublik ist freilich nach wie vor vom persischen Erdöl abhängig. Trotz des Förderrückgangs belieferte der Iran die Bundesrepublik im vergangenen Jahr mit 11,5 Millionen Tonnen — knapp elf Prozent des gesamten Erdölimports der Bundesrepublik (107,3 Millionen Tonnen).

In den ersten Monaten des Jahres 1980 sind die Ölimporte aus dem Iran sogar noch weiter angestiegen und haben mit etwas mehr als 17 Prozent der Gesamteinfuhren schon nahezu den Anteil erreicht, den der Iran vor der Revolution (achtzehn Prozent) in die Bundesrepublik geliefert hat. „Geplant“ hatten die Rohöleinkäufer — an der Spitze BP und Shell — einen Anteil von 16,4 Prozent persischen Öls im gesamten Öl-Einsatz der Nation.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bezieht die Bundesrepublik die bei weitem größten Mengen aus Persien, 1979 etwa ein Drittel der EG-Importe aus dem Iran. Kleinere EG-Länder wie Irland und Dänemark sind im gleichen Ausmaß von den iranischen Lieferungen abhängig, Irland zu fast 17 Prozent. Für sie gilt wohl auch, was Helmut Schmidt den Deutschen prophezeit: Heizöl, Benzin und Diesel können „noch sehr viel teurer“ werden.

Nachdem die persische Regierung keinen Zweifel daran gelassen hat, daß sie jene Länder, die sich an den amerikanischen Sanktionen betei-

B104K04

Quelle

gen, nicht mehr mit Öl versorgen wird, müßten sich die Europäer — und insbesondere die Bundesrepublik — nach Ersatzlieferungen umsehen. Da die Bundesrepublik ihr Öl nicht direkt aus dem Iran, sondern vor allem auf dem Umweg über die großen Mineralölkonzerne bezieht, bliebe zunächst abzuwarten, ob der Iran seinerseits in der Lage ist, den Ölboykott zu kontrollieren. Um zu verhindern, daß die Öltanker ihre Fracht nicht am Ende doch dort löschen, wo es nach iranischer Vorstellung nicht sein darf, müßte Persien seinen Boykott praktisch auf die Ölkonzerne ausdehnen. Noch glauben die Mineralölkonzerne allerdings, daß es keine Versorgungskrise in Europa geben werde.

Beim Mineralölwirtschaftsverband in Hamburg ist man weniger optimistisch. Hier wird betont, daß viel davon abhängt, ob die übrigen Erdölländer ihre Förderung notfalls auch noch weiter steigern werden. Nigeria zum Beispiel, im vergangenen Jahr an dritter Stelle der deutschen Erdöllieferanten, hat schon die Grenze seiner Förderkapazität erreicht.

Saudi-Arabien hat seine Tagesförderung bereits im vergangenen Jahr von 8,5 auf 9,5 Millionen Faß gesteigert, eine weitere Steigerung ist technisch auch noch möglich. Abzuwarten bleibt freilich, ob die Saudis dazu bereit sind. Aus Libyen, dem zweitgrößten Lieferanten der Bundesrepublik (1979: 17,3 Millionen Tonnen) und Algerien (9,7 Millionen Tonnen) kam erst in den jüngsten Tagen die Nachricht, man werde die Lieferungen in die USA und möglicherweise auch an Europa drosseln, um die Europäer auf breiter Front zu einer Anerkennung der PLO und ihrer politischen Ziele zu zwingen.

Wenn kein Öl mehr fließt

Bonn muß sich also für den Eventualfall wappnen, für den Fall, daß eine „persische“ Versorgungslücke eintritt, die nicht mehr mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu lösen ist. Wenn denn die Perser ihren Gürtel enger schnallen sollen, — dann müssen wir es notgedrungen auch.

Das Energiesicherungsgesetz aus dem Jahre 1975 räumt der Bundesregierung eine Ermächtigung zur Zwangswirtschaft ein: Über Rechtsverordnungen kann „die Produktion, der Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Abgabe, der Bezug, die Verwendung sowie Höchstpreise von Erdöl und Erdölerzeugnissen“ dirigistisch gesteuert werden. Ferner können Fahrtbeschränkungen für den Kfz-Verkehr (Sonntagsfahrverbot) und Geschwindigkeitsbegrenzungen (Tempo 100) erlassen werden. „Benzin nur gegen Bezugsscheine“ ist eine weitere Maßnahme, den „lebenswichtigen Bedarf an Energie zu sichern“. Benzingutscheine für Mengen zwischen einem und 20 Litern sind denn auch schon längst gedruckt und liegen bei Stadt- und Kreisverwaltungen. Benzin: grün; Diesel: rot.

Doch ehe den deutschen Autofahrer die Erinnerung an die Nachkriegszeit einholt, muß die Bundesregierung von einer anderen Ermächtigung Gebrauch machen, die im deutschen Außenwirtschaftsschutzgesetz zum „Schutz der Sicherheit und der auswärtigen Interessen“ vorgesehen ist. Auf Grund von Paragraph 7 dieses Gesetzes können „Rechtsgeschäfte und Handlungen im Außenwirtschaftsverkehr beschränkt werden“, um

Datum

- die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten,
- eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhüten oder
- zu verhindern, daß die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik erheblich gestört werden.

Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann Bonn beim Wirtschaftsboykott gegen den Iran mitmachen.

Soweit, daß deutsche Unternehmen vors Gericht ziehen werden, weil sie nicht mehr nach Persien exportieren könnten, wird es indes kaum kommen: Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), hat der Bundesregierung bereits das loyale Verhalten der Industrie zugesichert.

Katastrophen sind nicht zu erwarten — schon im vergangenen Jahr ist der deutsche Export

nach Iran erheblich zurückgegangen — von 6,7 Milliarden auf 2,3 Milliarden Mark. Mit Ausnahme der Ausfuhr von lebenden Tieren, die 1979 gegenüber 1978 eine Zunahme von 199,4 Prozent verzeichnet hat, ist die deutsche Ausfuhr rapide abgefallen. Für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft erlitt der Export einen Rückschlag von minus 65,9 Prozent. Betroffen waren: Rohstoffe mit minus 49,8 Prozent, Halbwaren mit minus 55,5 Prozent, Vorerzeugnisse mit minus 64,3 Prozent und Enderzeugnisse — vor allem Maschinen — mit minus 66,9 Prozent.

Manfred Lennings, Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte (GHH), Oberhausen, betonte, sein Maschinenbaukonzern würde ein Embargo langfristig als „schmerzhaft“ empfinden, es aber „kurzfristig ohne weiteres verkraften können“.

Ebenfalls von einem Sanktionsprogramm der EG-Länder betroffen wäre auch die Bremer *Hansa-Linie*: Als einzige große deutsche Reederei betreibt sie Frachtverkehr mit Persien auf See. Nachdem der Persien-Anteil vom Gesamtumsatz des Unternehmens von einst 20 Prozent auf drei bis fünf Prozent zurückgegangen ist, wären die noch verbliebenen Anteile auch dahin.

Den Bremern muß die jüngste Bemerkung des Wirtschafts- und Finanzminister Reza Salami schmerzhaft in den Ohren klingen: „Wir können mit dem Rest der Welt auch Verkehrsverbindungen über unsere nordöstlichen und nordwestlichen Grenzen hinweg aufnehmen.“ Immerhin sei schon eine Delegation aus der DDR bei ihm gewesen, um zukünftige ökonomische und landwirtschaftliche Zusammenarbeit zu diskutieren. Auch sein Präsident Bani-Sadr trumpfte kürzlich auf: „Die USA sind nicht die einzigen Exporteure, es gibt viele andere Länder.“ Zum Beispiel die Sowjetunion.

Was macht Moskau?

Sie ist die große Unbekannte im Eskalationsdrama um die Geiseln. Ihre geopolitische Position in der Region ist seit dem weihnachtlichen Einmarsch in Afghanistan ungemein gestärkt. Könnte Persiens moskautreue, kommunistische Tudeh-Partei eines Tages — zum Beispiel nach Chomeinis Tod — vom Kreml bestärkt und finanziert, die Rolle der revolutionären, nationalen Führung beanspruchen? Sie würde Iran mit großer Gewißheit in die Arme der Sowjetunion treiben — erst recht, wenn Jimmy Carters nächster Schritt auf der Eskalationsleiter am Persischen

B104K05

5

Quelle

Datum

Golf mit einem Fiasko enden sollte: die militärische Abschottung Irans durch die amerikanische *Task Force* im Indischen Ozean.

Schon im Januar hatte der amerikanische Verteidigungsminister Harold Brown dunkel gedroht: „Wir können nicht die Option ausschließen, die Einfuhren Irans auf die eine oder andere Weise zu unterbrechen...“

Welche realistischen militärischen Optionen hat Jimmy Carter, um Wirtschaftssanktionen selbst dann Biß zu verleihen, wenn ihn seine Verbündeten in Stich lassen?

Eine Abriegelung der Straße von Hormuz am Eingang zum Golf erscheint auf den ersten Blick als „eleganteste“, weil sparsamste Taktik. Der Flaschenhals ist zwar nicht, wie oft behauptet, so schmal und so flach, daß ihn ein einziger versenkter Riesentanker blockieren könnte. Aber selbst 40 Kilometer Meerenge (Wassertiefe: 55

bis 90 Meter; Tiefgang eines Tankers: 20 bis 30 Meter) ließen sich von den Amerikanern mit Leichtigkeit überwachen und kontrollieren. Lieferungen für den Iran bleiben draußen; Öl aus dem Iran — die „Straße“ ist der einzige Weg — bleiben drinnen. Der Rest ist Warten.

Nur: Die politischen Kosten sprechen mit Vehemenz gegen diese Lösung. Tagtäglich durchpflügen 60 bis 80 Tanker die Straße von Hormuz, von Frachtern ganz zu schweigen. Die amerikanischen Blockadeeinheiten müßten jedes einzelne Schiff anhalten. Befolgt der Angerufene das international vorgeschriebene Haltesignal SQ 3 („Stoppen Sie, ich werde an Bord kommen.“), würden amerikanische Krisenkommandos das Schiff per Barkasse oder Helikopter entern, um Dokumente und Ladung zu kontrollieren.

Was aber, wenn das Signal ignoriert wird? Erst ein Schuß vor den Bug, dann mittschiffs, wo hunderttausend Tonnen Öl lagern? Und wenn sowjetische Zerstörer für Ostblockfrachter und -tanker Geleitschutz laufen? Allein der Gedanke ist unvorstellbar. Zudem müßten die Vereinigten Staaten den diplomatischen Konflikt mit der halben Welt riskieren, weil die Straße von Hormuz ein internationales Gewässer ist. Das iranische Außenministerium zeigt sich auch nicht beängstigt: „Imam Chomeini hat Amerika und allen anderen Völkern gezeigt, daß unser kämpferisches Volk, das seinen ideologischen Kampf auf die Grundlage des Märtyrertums gestellt hat, für diese veralteten Methoden der Diplomatie — die Versammlung von Kriegsschiffen — nichts anderes als Verachtung übrig hat: bis zum Endsieg...“

Eine andere Lösung ist deshalb wahrscheinlicher, sollte Jimmy Carter den politischen und wirtschaftlichen Sanktionen keine Chance mehr geben — die Verminung der iranischen Häfen Abadan, Bandar Chomeini (einst Bandar Schahpur), Kharg (der größte Erdölhafen der Welt), Buschir und des Stützpunkts Bandar Abbas: Hier ruht die marode Flotte Persiens.

Technisch läßt sich die taktische Aufgabe rasch bewältigen. Es geht um Minenfelder von 20 bis 30 Kilometer Länge, die innerhalb von Stunden gelegt werden könnten. Dazu müßte die amerikanische *Task Force* noch nicht einmal die Einfahrt in den engen Golf riskieren. (Ein deutscher Marineoffizier: „Für einen Flugzeugträger wie die *Midway* ist eigentlich das Manövrierefeld Mittelmeer schon zu klein.“)

Die persischen Hafenzugänge können aus der Luft blockiert werden — mit Minen, die nicht

wie im Zweiten Weltkrieg an Ankertrössen schwimmen, sondern die auf dem Meeresgrund lauern, bis sie durch Propellergeräusche, magnetische Schwankungen oder Druckwellen ausgelöst werden. Ihr ausgeklügelter Zündmechanismus, der „mitdenkt“, macht sie zur idealen Blockadewaffe für die Amerikaner: Sie können etwa mit drei Tagen Zeitverzug aktiviert oder auf „Zählen“ programmiert werden. Neutrale Schiffe hätten so die Gelegenheit, sicher auszulaufen; erst nach 72 Stunden oder beispielsweise der 14. Druckwelle ist die Mine „scharf“.

Minen sind zudem „eskalationshemmender“ als eine Flottenblockade, weil sie dem Gegner die Last des ersten, vielleicht schicksalhaften Schusses aufbürden: Die Iraner müßten die amerikanischen Einheiten angreifen, nicht umgekehrt.

Eine kleine Meuterei

Dazu scheinen sie auch heute kaum gerüstet, denn das glitzernde Kriegsgerät aus den Zeiten des Schahs liegt mangels Ersatzteile und erprobter Mannschaften brach. Auf einigen Decks fordern die Mannschaften auf Transparenten die gleichen Rechte — und Ränge — wie die Offiziere. Die Kapitäne „übersehen“ die kleine Meuterei...

Mit ihren fünf Minenräumbooten könnte die iranische Marine wohl versuchen, den Meeresboden zu säubern, aber das Nach-Werfen bei Nacht geht allemal schneller als die zeitraubende Räumung bei Tag. Die Häfen blieben zu, und 90 Prozent des iranischen Außenhandels wäre blockiert.

Derlei militärische Überlegungen — in Washington schon über die obligatorischen Sandkastenspiele hinaus gediehen — enthalten zu viele unwägbare Faktoren. Zum Beispiel: Werden die islamischen Golf-Anrainer — ob händeringend oder hämisch — zusehen, wie einem der ihren der Atem abgedrückt wird? Tatsache ist, daß die frühe Zustimmung zu Chomeinis Machtantritt verfliegen ist, denn die revolutionären Nachfahren des Schahs sind längst in die Fußstapfen des Pahlavischen Imperialismus getreten. Sie bedrohen die Feudalherrscher der Scheichtümer und Saudi-Arabiens, und sie hetzen schrill zum Sturz des „verbrecherischen“ Baath-Regimes im sozialistischen Irak. „Der Expansionismus des revolutionären Irans“ — so die Machthaber in Bagdad — „unterscheidet sich kaum von dem des Schahs.“

Nur: Auf die innerislamischen Feindschaften kann Washington nicht bauen, da es sich nun anschickt, den Fuß auf die Eskalationsleiter am Golf zu setzen. Ist erst einmal eine amerikanische Mine ins Golf-Gewässer gefallen, könnte das genausogut den kollektiven Aufschrei der arabischen Anrainer auslösen, die sich noch nie entscheiden konnten, wen sie am stärksten fürchten: den Ajatollah, die Amerikaner oder den Krenl. Drehen sie dann den Ölhahn zu?

So steht am Ende aller Boykott- und Embargopläne nicht mehr die Frage nach dem Schicksal der 53 amerikanischen Geiseln in Persien, sondern die Furcht vor einer strategischen und ökonomischen Katastrophe — wer in einer Region mit Feuer spielt, in der 60 Prozent des weltweit gehandelten Rohölaufkommens produziert werden, muß mit einer Explosion rechnen.

B104K06

6

Am Ende dieses Monats werden sich die Regierungschefs der EG zum nächsten Gipfelgespräch treffen — die letzte Chance, eine stoffige „Kriegsvermeidungsstrategie“ zu entwickeln? Oder wurde sie schon am 4. November um 11.30 Uhr früh in Teheran vertan, als eine Meute von Studenten und Halbwüchsigen das Schicksal nicht nur ihres Landes ungehindert in die Hand nahmen? 25

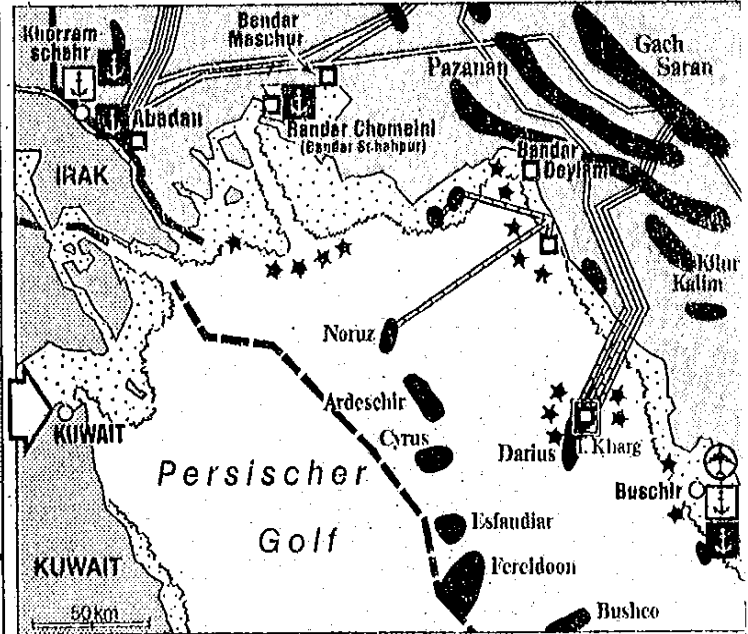
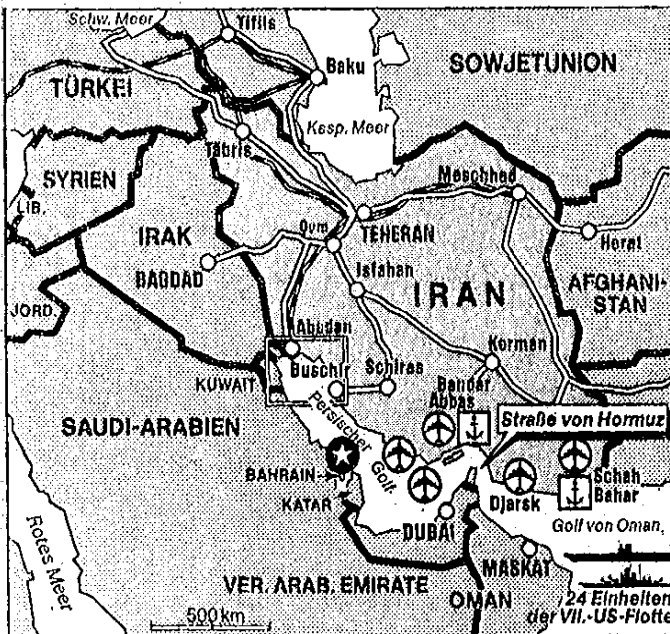
Quelle

Datum

Naher Osten

Nördlicher Persischer Golf

7

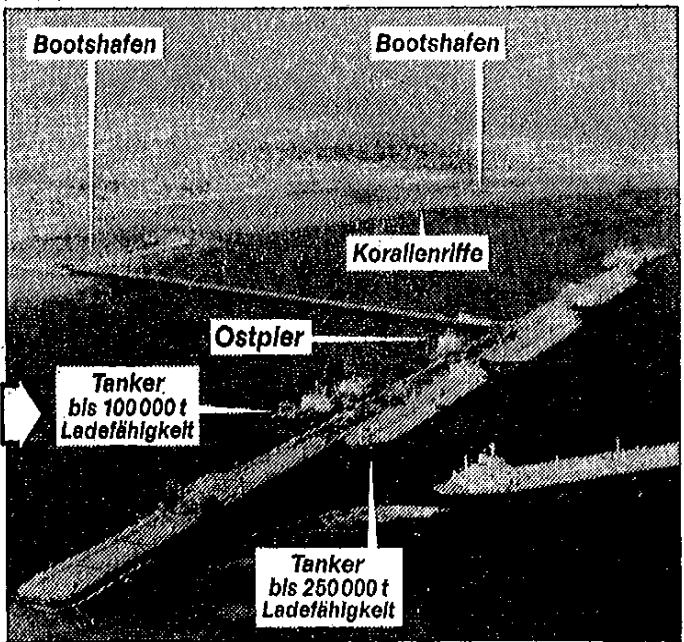
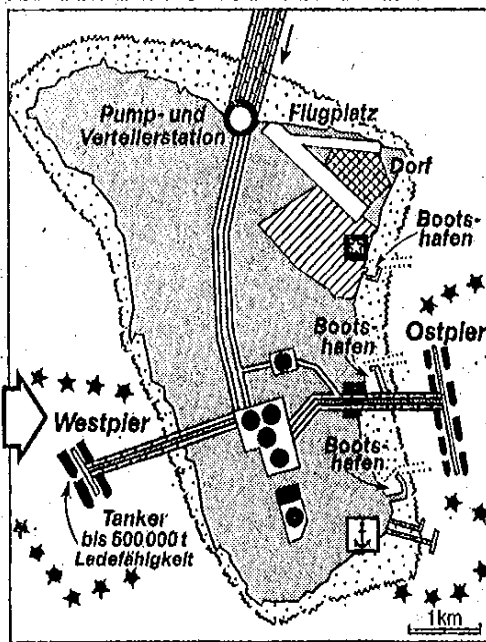


- wichtige Straße
- wichtige Eisenbahnlinie
- Hafenrechte für die US-Marine
- Iranische Stückguthäfen
- Iran. Marinestützpunkte
- iranische Militärflugplätze

- iranische Erdölhäfen (Tankerterminals u. Verladeplattformen)
- mögliche Minensperren durch die US-Marine
- Erdölfelder (Inkl. „Offshore-Ölfelder“)
- Unterwasser-Pipelines
- Erdölpipelines
- Korallenriffe

Insel Kharg

Insel Kharg (Ostpier)



- Verwaltungsgebäude
- Wohnsiedlung der Erdölgesellschaft
- Tanklager und petrochemische Anlagen
- Meerwasser-Entsalzungsanlage

Die Golf-Insel Kharg ist der größte Erdöl-Verladehafen der Welt: Hier können selbst 500 000-Tonnen-Tanker docken. Allein die Verminung dieser winzigen Insel könnte den größten Teil der iranischen Ölausfuhr blockieren..

Quelle: Weltatlas Erdöl und Erdgas u. a. DIE ZEIT/Edelmann